



N i e d e r s c h r i f t

über die VIII/007/HaFi Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Etatberatungen) des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 23.03.2011

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:04 Uhr
Ende: 21:03 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Frau Gabriele Hackel
Herr Bruno Kosmala
Herr Peter Werner

Vertreterin für Herrn Gronauer, Markus
Vertreter für Herrn Goldmann, Heinz-Jürgen

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel

ab 19:01
Vertreter für Herrn Köchling, Karsten
bis 19:01 Uhr

Herr Karsten Köchling
Frau Janne Oberdieck
Frau Lisa Riedel
Herr Lucas Risse

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Jens Geyer

ab 18:34 Uhr
Vertreter für Herrn Goller, Werner
bis 18:34 Uhr

Herr Werner Goller
Herr Thomas Heinen
Frau Ursula Schlöber
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

bis 19:47 Uhr
Vertreterin für Frau Dr. Schröder-Weber, Doris

MfM

Frau Lilo Friedrich

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Annette Berg

Herr Martin Frömmer

Herr Manfred Hein

Herr Max Herrmann

Herr Kurt Hundenborn

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe

Herr Gerhard Mühler

bis 18:00 Uhr

Herr Georg Thomanek

Herr Uwe Trost

Frau Marion Warden

Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses VIII/0524
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

5.	Umsetzung des Medienentwicklungsplanes für Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein	VIII/0475
6.	Durchführung des Winterdienstes	VIII/0522
7.	Satzung zur 3. Änderung der Betriebsatzung für die Städtischen Betriebe Monheim am Rhein	VIII/0506
8.	Auflösung und Neubildung sowie Neuwahl des Betriebsausschusses	VIII/0507
9.	Änderung der Vergnügungssteuersatzung	VIII/0480
10.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011	VIII/0516
10.1.	Antrag der SPD-Fraktion zur Haushaltsplanberatung - Bereich 32	VIII/0531
11.	Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes	VIII/0523
12.	PC-Ausstattung in der Verwaltung 2011	VIII/0530
13.	Mündliche Mitteilungen	
13.1.	Fahrradfahren auf der Heinestraße	
14.	Mündliche Anfragen	
14.1.	Teilnahme an dem Projekt "Ökoprofit"	

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig geändert:

- Vorlage VIII/0531 – Antrag der SPD-Fraktion zum Bereich 32-Kommunaler Ordnungsdienst. Die Beratung erfolgt mit der Beratung des Haushaltsplanes.
- Vorlage VIII/0530-PC-Ausstattung in der Verwaltung 2011 als Tagesord-

nungspunkt 12. Die Nummerierung des nachfolgenden Tagesordnungspunktes ändert sich entsprechend.

- als Tagesordnungspunkt 14 werden die mündlichen Anfragen ergänzt.

2 Kennnismahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2010 zur Kenntnis.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses

Vorlage: VIII/0524

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

5 Umsetzung des Medienentwicklungsplanes für Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0475

Beschlussempfehlung

1.

Der Medienentwicklungsplan für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein für die Jahre 2011 bis 2016 wird in der vom Planungsbüro Dr. Garbe Consult vorgeschlagenen Form umgesetzt. Die vom Gutachter vorgeschlagenen Einsparvorschläge werden hinsichtlich der Veränderung des Abschreibungszeitraumes von fünf auf sechs Jahre berücksichtigt.

2.

Auf Basis von jährlich zu führenden Bilanzgesprächen mit den Schulen erfolgt die Mittelfreigabe für das im Teilfinanzplan B veranschlagte Budget durch Beschlussfassung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

einstimmig zugestimmt

Durchführung des Winterdienstes

Vorlage: VIII/0522

Protokoll:

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und erläutert die geplanten Vorhaben.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion hält es für erforderlich, das Problemfeld systematisch zu bearbeiten, da der Winterdienst im vergangenen Winter nach Aussage der Bürgerschaft nicht zufriedenstellend gewesen wäre. Eine Erhöhung der Salzlagerkapazitäten sei hier nicht ausreichend.

Ein noch besserer Winterdienst sei nur bei Erhöhung der personellen Ressourcen und des Fahrzeugbestandes zu realisieren, so der Bürgermeister. Hier sei jedoch zu bedenken, dass solche extremen Winter selten eintreten würden und diese kosten-trächtigen Maßnahmen nicht rechtfertigen können. Auch sei der Winterdienst in Monheim am Rhein besser als in anderen Städten. So sei in Hilden beispielsweise der gesamte Busverkehr tageweise eingestellt worden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt folgende Fragen, zu denen er die Verwaltung um Stellungnahme bittet:

- Auf Seite 2 der Vorlage seien zum Einsatz kommende Fahrzeuge aufgelistet. So seien ein LKW 18t mit Räumschild und Salzstreuautomat und ein Radlader aufgezählt. Auf der nächsten Seite unter dem Punkt „operative Einsatzsteuerung“ seien diese zwei Fahrzeuge nicht aufgeführt.

Die beiden genannten Fahrzeuge würden bei den täglichen Standardeinsätzen nicht eingeplant. Aufgrund der Größe seien sie für den normalen Einsatzdienst nicht nutzbar, sondern wären bei Sondereinsätzen benutzt worden, so die Verwaltung.

- Ob es Salzbestellungen vor dem 09.12.2010 gegeben habe, die anschließend seitens der Städtischen Betriebe wieder zurückgenommen worden seien?

Die Verwaltung erklärt, dass die Salzvorräte im Sommer, aufgrund des dann günstigen Preises, eingekauft würden. Sobald erkennbar sei, dass eine bestimmte Menge bis zu einem bestimmten Zeitpunkt verbraucht sei, würde eine Nachbestellung erfolgen. Dies sei auch in diesem Winter so gehandhabt worden. Aufgrund der großen Nachfrage seien die Lieferungen verspätet oder nicht vollständig erfolgt. Es sei keine Bestellung zurückgenommen worden.

- Ob es richtig sei, dass die Mitarbeiter bereit gewesen wären, noch weitere Dienste zu leisten, die seitens der Einsatzleitung aufgrund des weiteren Anstieges der Überstunden abgelehnt worden seien?

Das Engagement der Beschäftigten sei sehr hoch gewesen. Angebotene Zusatzschichten seien nur dann abgelehnt worden, wenn sonst gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen worden wäre (höchstens 10 Stunden, Ruhepausen zwischen den Diensten von 11 Stunden). Die Menge der Überstunden selbst, z. B. aus Kostengründen, sei hierbei zu keiner Zeit berücksichtigt worden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion hält den geleisteten Winterdienst für verbesserungswürdig und erklärt, dass es erforderlich sei, ein Konzept zu erarbeiten, das darstellt, welche weiteren Kapazitäten vorgehalten werden müssten, um die Straßen im Stadtgebiet bei ähnlichen Witterungsverhältnissen befahrbar zu halten. Auch sei hierbei der sogenannte Hand- und Spanndienst zu berücksichtigen, wonach die örtlichen Landwirte, deren Maschinen und Geräte im Winter nicht benutzt würden, ggf. mit eingebunden werden könnten.

Der Bürgermeister antwortet, dass die geplante Erweiterung der Salzlagerkapazitäten das Wichtigste sei. Dies sei ausreichend, um die wichtigen Verkehrswege frei zu halten und Bussen und der Feuerwehr die Fahrt zu ermöglichen. Bei solchen Witterungsbedingungen sei es hinzunehmen, dass man kurzfristig in der Mobilität eingeschränkt sei.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion unterstützt das von der SPD-Fraktion geforderte Konzept und bittet, die Möglichkeit von befristeten Aushilfskräften mit zu bedenken. Auch die Zugänge zu den Haltestellen und die Gehwege seien nicht ausreichend geräumt worden.

Die städtischen Liegenschaften würden zukünftig vermehrt durch die Hausmeister geräumt, so dass die Beschäftigten der städtischen Betriebe sich auf die Wege und Straßen konzentrieren könnten. Die weitere Diskussion und Planung zu diesem Thema sollte jedoch im Betriebsausschuss erfolgen, so die Verwaltung.

Der Sprecher der Fraktion Peto vertritt die Ansicht, dass das Wichtigste die Ausweitung der Salzlagerkapazitäten sei und dies bereits geplant sei, so dass weitere Maßnahmen zunächst nicht zu ergreifen seien. Der Winterdienst sei in Monheim am Rhein besser gewesen als in anderen Städten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bemängelt insbesondere die Situation auf den Gehwegen. Er hält es für erforderlich, die Einsatzzeiten flexibler zu gestalten und nicht erst ab 04:00 Uhr morgens, sondern, sofern erforderlich, die ganze Nacht Schnee zu räumen. Dies sei im Betriebsausschuss zu diskutieren.

7

Satzung zur 3. Änderung der Betriebssatzung für die Städtischen Betriebe Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0506

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die nachgereichten Anlagen zu dieser Vorlage hin. Hierbei handelt es sich um die Stellungnahme des Personalrates und eine entsprechende Replik der Verwaltung. Er betont, dass es nicht den Tatsachen entspreche, dass versucht würde, einen Eigenbetrieb in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung umzuwandeln. Die städtischen Betriebe seien nie ein Eigenbetrieb, sondern immer eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung gewesen. Es sei zu Irritationen gekommen, weil eine Mustersatzung für Eigenbetriebe verwendet worden wäre, so dass es innerhalb der Satzung zu Abgrenzungsproblemen gekommen wäre. Aus dem Ratsbeschluss sei jedoch zu entnehmen, dass die Rechtsform der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung beschlossen worden sei.

Die Anfechtung der Wahl sei auf Wunsch und Beschluss der Fraktionen erfolgt, weil es in dem Wahlverfahren Fehler gegeben habe. Die Verwaltung sei bereit, die Klage zurückzuziehen und eine Neuwahl durchführen zu lassen.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob es rechtlich zulässig sei, Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aufzunehmen.

Der wesentliche Unterschied bestehe darin, dass bei Eigenbetrieben zwingend Beschäftigtenvertreter im Betriebsausschuss zu beteiligen seien, in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sähe die Gemeindeordnung dies nicht vor, so der Bürgermeister. Es sei seitens des Rates jedoch beschlossen worden, dass Beschäftigtenvertreter bei den städtischen Betrieben Monheim am Rhein mitwirken sollen. Nach der Rechtsprechung gebe es zwar bei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen keinen Rechtsanspruch auf Beteiligung von Beschäftigtenvertretern im Betriebsausschuss, jedoch sei auch kein Gerichtsurteil bekannt, das die Beteiligung von Beschäftigtenvertretern verbiete.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass nach Auskunft von Verdi der gewählte Betriebsausschuss trotz des Klageverfahrens tagen könne. Weiterhin sei ihr nicht klar, warum nicht die Klage seitens der Verwaltung zurückgezogen würde und der bestehende Betriebsausschuss bestehen bliebe.

Der Rat habe aufgrund gravierender Fehler im Wahlverfahren die Benennung der Beschäftigtenvertreter nicht bestätigen können, so dass die Verwaltung gezwungen war, Klage zu erheben. Das könne nicht plötzlich nach 1 ½ Jahren unerheblich sein. Weiterhin sei es erforderlich, dass der Rat die Wahl der Beschäftigtenvertreter durch Beschluss bestätige. Um jedoch zu einer gangbaren Lösung zu kommen, habe die Verwaltung dem Personalrat vorgeschlagen, die Klage zurückzuziehen und gleichzeitig die Wahl zu wiederholen. Durch das zwischenzeitliche Anwachsen der Belegschaft über die 50-Personen-Grenze bestünde nun die Möglichkeit 3 statt 2 Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss zu entsenden. Der Personalrat habe dieses Angebot jedoch ausgeschlagen und sei nicht bereit, im Gegenzug eine Erklärung der zur Wahl vorgeschlagenen abzugeben, die beinhalte, dass diese auf ihre Rechte aus der damaligen Vorschlagswahl verzichten. Eine Neuwahl sei nur möglich, wenn nicht nur die Klage seitens der Verwaltung zurückgezogen würde, sondern alle Beteiligten müssten ihr Einverständnis erklären, dass das alte Wahlverfahren ad acta gelegt würde.

Es wäre hilfreich, die Meinung des Personalrates zu dieser Angelegenheit zu hören, so die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Bürgermeister lässt eine Äußerung des Personalratsvorsitzenden zu und erteilt ihm das Wort.

Der Personalratsvorsitzende erklärt, dass er keine Fehler im Wahlverfahren erkennen könne bzw. gemachte Fehler geheilt worden seien. So laute auch die Aussage der rechtsanwaltlichen Beratung. Daher sei eine Neuwahl nicht gewünscht. Weiterhin betont der Personalratsvorsitzende, dass der Personalrat den Wahlvorstand lediglich berate. Die Entscheidungen würden von dem Wahlvorstand getroffen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion appelliert an den Personalrat, das Angebot der

Verwaltung anzunehmen, da es letztendlich darum ginge, dass Beschäftigtenvertreter am Betriebsausschuss beteiligt würden. Dies würde durch die Neuwahl nicht gefährdet, sondern durch die Möglichkeit nun 3 Vertreter zu wählen, noch positiv beeinflusst.

Die Sprecherin der Fraktion Peto schließt sich der Meinung der FDP-Fraktion an und macht deutlich, dass es nicht möglich sei, seitens des Rates die Wahl von Beschäftigtenvertretern zu bestätigen, wenn berechnigte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wahl beständen.

Der Bürgermeister erklärt, dass es seitens der Beteiligten bis zur Ratssitzung noch möglich sei, eine entsprechende Erklärung abzugeben und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 3. Änderung der „Betriebssatzung der Stadt Monheim am Rhein für den Eigenbetrieb ‚Städtische Betriebe Monheim am Rhein‘ vom 10.11.2005“ wird in der als Anlage 1 zu dieser Vorlage vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 11 Nein 6 Enthaltung 2 (dagegen: 4 SPD, 1 Menschen für Monheim, 1 Die Linke; enthalten: 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

8 Auflösung und Neubildung sowie Neuwahl des Betriebsausschusses Vorlage: VIII/0507

Protokoll:

Es wird auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen. Aufgrund der möglichen Einigung und damit einhergehenden Rücknahme der Klage und Neuwahl wird die Beratung und Abstimmung einstimmig in die Ratssitzung am 06.04.2011 vertagt.

9 Änderung der Vergnügungssteuersatzung Vorlage: VIII/0480

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 2. Änderung der Vergnügungssteuersatzung für die Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.2005 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Ja 18 Enthaltung 1 (enthalten: 1 FDP)

Die Sitzung wird für die Zeit von 18:00 Uhr bis 18:17 Uhr unterbrochen.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011

Vorlage: VIII/0516

Protokoll:

Die Punkte der Änderungsliste und der Tagesordnungspunkt 10.1 werden im Zusammenhang mit den entsprechenden Produkten aufgerufen. Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

Teilergebnisplan

10.02

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erläutert, dass Software teilweise kostenlos genutzt werden könne. Seitens der Verwaltung solle daher geprüft werden, ob solche kostenlose Software einsetzbar sei und hierdurch Kosten erspart werden könnten.

Der Bürgermeister sichert eine entsprechende Prüfung und Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu.

Es könne durch eine Ausweitung des Online-Service die Bürgerfreundlichkeit erhöht und Zeit erspart werden, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Diese Möglichkeit solle durch die Verwaltung überprüft werden.

Das städtische Internetangebot würde derzeit überarbeitet, erklärt der Bürgermeister. Ende Mai könne mit dem neuen Internetauftritt gerechnet werden. Ein Thema, dem anschließend nachgegangen werden solle, sei die Erweiterung des Online-Service für die Bürgerschaft. Auch das Thema des Dokumentenmanagements, wie z. B. das Einscannen und elektronische Weiterleiten von Posteingängen, würde derzeit bearbeitet. Über den jeweiligen Sachstand wird zu einem späteren Zeitpunkt im Haupt- und Finanzausschuss berichtet.

32

Der seitens der SPD-Fraktion gestellte Antrag auf Einrichtung von 2 zusätzlichen Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) wird von der Sprecherin erläutert. Die Begründung des Antrages unter Punkt 1 sei dahingehend zu korrigieren, dass nun bekannt sei, dass die Stellen im Außendienst nicht zugunsten des Innendienstes abgebaut worden seien, sondern das Ausweisen der Stellen aufgrund der geänderten Kostenträger anders als im Vorjahr gestaltet worden sei, jedoch keine Verringerung vorgenommen worden sei.

Die Verwaltung erklärt, dass die Einsatzzeiten des KOD, die mit dem Personalrat abgestimmt worden seien, in den Wintermonaten bis 19:00 Uhr und in den Sommermonaten bis 22:00 Uhr, sowie an einem Samstag im Monat Dienst vorsehen würden. In Bezug auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerschaft sei anzumerken, dass es sich um die subjektive Wahrnehmung handele. Im Jahr 2006 habe eine Umfrage in den kreisangehörigen Städten zu diesem Thema stattgefunden. Für Monheim am Rhein habe das Ergebnis gelautet, dass eine Verstärkung des KOD

gewünscht sei. Die Kriminalstatistik belege jedoch, dass objektiv keine Kriminalitätssteigerung stattgefunden habe, die Bürgerschaft dies jedoch subjektiv so empfinde. Aufgrund dieser Umfrage habe die Verwaltung mit verschiedenen Maßnahmen reagiert. So seien zu diesem Zeitpunkt die Beschäftigten des KOD mit Dienstkleidung ausgestattet worden, es seien Dienstfahrzeuge angeschafft worden und es sei die gemeinsame Sprechstunde mit der Polizei ins Leben gerufen worden. Auch die Kooperation mit der Polizei sei verbessert worden. Derzeit befinde sich noch ein Beschäftigter in der Ausbildung, die Mitte des Jahres abgeschlossen sei, der eine derzeit vakante Stelle im KOD besetzen würde, so dass dadurch eine größere Repräsentanz des KOD erzielt würde.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Kommunalen Ordnungsdienst, bei Vorfällen wie von der SPD-Fraktion geschildert, nicht für zuständig, sondern, da es sich um Straftatbestände handeln würde, sei hier die Polizei hinzuzuziehen.

Der Bürgermeister erklärt im Bezug auf das Sojus, dass grundsätzlich die Veranstalter verantwortlich seien. Hier sei jedoch im letzten Jahr nicht ausreichend auf die Regelung bezüglich des Security-Dienstes geachtet worden. Die Regelung sähe vor, dass bei privaten Veranstaltungen ein professioneller Security-Dienst eingesetzt werden müsse. Diese Regelung sei seitens der Verwaltung bei Verpachtungen im letzten Jahr nicht ausreichend kontrolliert worden. Aufgrund der vermehrten Vorfälle sei dies zukünftig wieder zwingende Voraussetzung für die Veranstalter.

2 zusätzliche unbefristete Stellen einzurichten hält die Sprecherin der FDP-Fraktion im Hinblick auf die Haushaltslage für unrealistisch. Trotzdem sollten die Nachtzeiten abgedeckt werden, was mit dem derzeitigen Personal nicht zu realisieren sei. Hier würde möglicher Weise eine Testphase weiterhelfen. Vorher sei jedoch zu klären, ob aus dienstrechtlicher Sicht dann auch die Nachtzeiten abgedeckt werden könnten.

Die Verwaltung erklärt, dass die Nachtzeiten derzeit nur im soeben erläuterten Umfang abgedeckt seien. Darüber hinaus sei jedoch auch kein Bedarf zu erkennen, da die Kriminalitätsrate nicht gestiegen sei und es sich um ein subjektives Gefühl handle. Es sei auch nicht gewährleistet, dass sich dieses durch weiteres Personal ändern würde.

Das Empfinden der Bürgerschaft sei sehr Ernst zu nehmen und auch seitens der Fraktionen zu vertreten. Jedoch erscheine die Besetzung von 2 Teilzeitstellen ausreichend um den Nachtdienst abzudecken, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Sprecherin der Fraktion Peto hält das Gefühl der Bürgerschaft nicht für ausreichend, um Stellen einzurichten und Kosten zu verursachen. Die objektive Gefahrenlage sei hier zu Grunde zu legen. Weiterhin stehe das Empfinden der Bürgerschaft sicherlich auch mit dem Abbau der Polizei in Monheim am Rhein im Zusammenhang. So sei im Stadtteil Baumberg keine Wache mehr vorhanden und in Monheim am Rhein stünden lediglich Polizeibeamte zur Verfügung, die telefonisch erreichbar seien. Die Einsatzkräfte selbst kämen aus Langenfeld. Der dortige Personalabbau könne nicht dazu führen, dass die Stadt die personellen Kapazitäten erhöhe.

Der Bürgermeister erklärt, dass aufgrund des Nothaushaltsrechts Stellenbesetzungen nur dann erfolgen können, wenn die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorliege. Im vorliegenden Fall habe ein Antrag wenig Aussicht auf Erfolg.

Die SPD-Fraktion ändert den gestellten Antrag dahingehend ab, dass nicht die Einrichtung von 2 zusätzlichen Vollzeitstellen, sondern 2 zusätzlichen Teilzeitstellen für den KOD erfolgen soll.

Der Bürgermeister stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 BM)

51

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Stellungnahme zu den folgenden Themen:

1. Die Personalkosten für die Jugendwerkstatt seien für das ganze Jahr 2011 eingestellt. Die Positionen „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und „sonstige ordentliche Aufwendungen“ jedoch nicht. Es wird beantragt, dies nachzuholen, um den Fortbestand der Jugendwerkstatt zu garantieren.

Hinter diesen Positionen verbergen sich die Entgelte für die Maßnahmenteilnehmer, so die Verwaltung. Die Stadt Monheim am Rhein würde diese von der ARGE erhalten und an die einzelnen Teilnehmer auszahlen. Sofern die Jugendwerkstatt fortbestehen würde und entsprechende Erträge erzielt würden, wäre es unschädlich, diese nicht veranschlagt zu haben, da sie zweckgebunden für Maßnahmenteilnehmer verwendet werden würden und müssten. Es wäre, im Gegenteil, unrichtig, nicht feststehende Haushaltsmittel in Ansatz zu bringen. Sollte die Jugendwerkstatt den Zuschlag nicht erhalten, so würden die Sach- und Dienstleistungen auch nicht anfallen, da keine Teilnehmer von der ARGE zur Jugendwerkstatt vermittelt würden. Mit dem Fortbestand der Jugendwerkstatt stehe dies nicht im Zusammenhang. Dass die Weiterführung geplant sei, mache die Veranschlagung der Personalkosten für das ganze Jahr 2011 deutlich.

Der Bürgermeister stellt den Antrag der SPD-Fraktion, die über die Personalkosten hinausgehenden Kosten im Haushalt zu veranschlagen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (dafür: 4 SPD, enthalten: 5 CDU)

2. Im Jugendhilfeausschuss am 10.06.2010 sei zu den Haushaltsplanberatungen eine Vorlage zum Ausbau und zur Neugestaltung der Kinderspielplätze zugesagt worden. Diese liege bis heute nicht vor und solle daher bis zur Ratssit-

zung nachgereicht werden.

Der Bürgermeister sichert zu, in der Ratssitzung am 06.04.2011 über den Sachstand, möglichst in Form einer Vorlage, zu berichten.

3. Der Presse sei zu entnehmen, dass bereits an einem Konzept zur Fortführung der Jugendwerkstatt gearbeitet würde, das eine Kooperation mit dem beratungsCentrum vorsehe. Hier habe es keine Abstimmung mit den in Monheim am Rhein tätigen anderen Träger gegeben.

Die wesentliche Änderung sei die, dass es Kommunen nicht mehr möglich sei, sich an Ausschreibungsverfahren zu beteiligen, erklärt die Verwaltung. Dies habe nach sich gezogen, dass eine neue Systematik gefunden werden müsse, so dass man zu der Entscheidung gekommen sei, eine Kooperation mit einem anderen Träger einzugehen. Dieser Träger müsse über Erfahrungen in diesem Bereich verfügen. Da das beratungsCentrum über gute Möglichkeiten zur Qualifizierung verfüge, stelle das beratungsCentrum einen guten Kooperationspartner dar. Da das Ausschreibungsverfahren erst im April 2011 beginnen würde und bislang keine Einzelheiten bekannt seien, könne derzeit noch keine weitere Auskunft erteilt werden. Daher sei beabsichtigt, im nächsten Jugendhilfeausschuss ausführlich dazu zu berichten und diesen zu beteiligen, da zu diesem Zeitpunkt mehr Klarheit bestehen und der Ausschreibungstext bekannt sein würde.

60.08

Die Verwaltung erläutert, dass es im Produkt 60.08 ab dem Jahr 2011 zu ausgewiesenen Überdeckungen gekommen sei, obwohl dies im Gebührenhaushalt grundsätzlich nicht zulässig sei. Der Grund hierfür wären bestehende Diskrepanzen zwischen Gebührenrecht und NKF. So könnten beispielsweise kalkulatorische Zinsen nicht im NKF-Haushalt ausgewiesen werden. Diese Kosten, die tatsächlich entstehen, aber nicht ausgewiesen würden, führen dazu, dass den hierfür erhobenen Erträgen kein Aufwand sichtbar gegenüber stehe und daher der Eindruck entstehe, es handele sich um eine Überdeckung. Auch die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen stünden damit im Zusammenhang. Hier sei eine technische Darstellung im Haushalt nicht möglich gewesen. Eine ähnliche Situation sei bei dem Produkt 60.05 aufgetreten.

61.04

Die Sprecherin der SPD-Fraktion ruft in Erinnerung, dass es vor einiger Zeit für das Stadtteilmanagement im Berliner Viertel einen Personalkostenzuschuss von der damaligen LEG gegeben hätte, wenn eine entsprechende Stelle besetzt worden wäre. Sie bittet um Prüfung und Mitteilung, ob es weiterhin möglich sei, einen Personalkostenzuschuss bei Besetzung einer Stelle „Stadtteilmanagement“ zu erhalten.

Der Bürgermeister wird eine entsprechende Prüfung und Mitteilung veranlassen.

71.01

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um einen Sachstandsbericht in Sachen PPP in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Verwaltung wird einen Bericht zu diesem Thema vorbereiten.

Teilfinanzplan B

71.02.010

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft, ob zur Nutzung des Ulla-Hahn-Hauses verschiedene Alternativen geprüft worden seien. Ihrerseits bestünden Bedenken, das Haus als Sprachförderzentrum zu nutzen. Möglicher Weise wäre hier die Erhaltung als museales Gebäude sinnvoll und für die Umsetzung des Sprachförderkonzeptes müsse ein anderer geeigneter Standort gefunden werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die zunächst in Aussicht stehenden Landeszuschüsse nicht realisieren ließen. Allerdings werde derzeit eine andere Förderungsmöglichkeit des Landes geprüft. Wie der Umbau gestaltet würde, unterliege dann eines weiteren Ratsbeschlusses. Der jetzige Beschluss beziehe sich lediglich auf die Veranschlagung des Ansatzes. Ein entsprechender Sachstandsbericht über die Entwicklung der Angelegenheit würde in der nächsten Sitzung des Bildungs- und Kulturausschusses präsentiert.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält es für erforderlich, wie bereits im letzten Jahr, einen Sperrvermerk anzubringen, bis dem Fachausschuss ein Konzept vorliege, wie sich der Umbau gestalten würde.

Der Bürgermeister sichert das Anbringen eines entsprechenden Sperrvermerks zu.

Beschlussempfehlung

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2011 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2011 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2011 wird Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Ja 8 Enthaltung 10 (enthalten: 5 CDU, 4 SPD, 1 Die Linke)

**10.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Haushaltsplanberatung - Bereich 32
Vorlage: VIII/0531**

Protokoll:

s. Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 10, Bereich 32

Beschlussempfehlung

Einrichtung zwei zusätzlicher Teilzeitstellen für den Kommunalen Ordnungsdienst.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 10 Nein 9 (dagegen: 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 BM)

**11 Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: VIII/0523**

Protokoll:

Die Verwaltung erläutert das Haushaltssicherungskonzept.

Beschlussempfehlung

Die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Planungsjahre 2011-2019 wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Ja 14 Enthaltung 4 (enthalten: 4 SPD)

Die Sitzung wird für die Zeit von 20:27 Uhr bis 20:40 Uhr unterbrochen.

**12 PC-Ausstattung in der Verwaltung 2011
Vorlage: VIII/0530**

Protokoll:

Diese Maßnahme sei im Haushalt bereits veranschlagt, erklärt die Verwaltung. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Vorlage in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten. Da jedoch die beteiligten Städte Erkrath und Hilden die Anschaffung der PCs zum Schuljahreswechsel planen, wäre dieser Termin nicht ausreichend. Daher sei die Vorlage kurzfristig nachgereicht worden.

Beschlussempfehlung

Vorbehaltlich der vom Rat zu genehmigenden Haushaltsmittel wird die Verwaltung ermächtigt, im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsam mit den Städten Hilden und Erkrath bis zu 370 PC Systeme zu erwerben.

einstimmig zugestimmt

13 Mündliche Mitteilungen

13.1 Fahrradfahren auf der Heinestraße

Protokoll:

Die Verwaltung führt zu diesem Thema kurz aus und kündigt für die Ratssitzung am 06.04.2011 eine ausführliche Vorlage an.

14 Mündliche Anfragen

14.1 Teilnahme an dem Projekt "Ökoprofit"

Protokoll:

Ratsfrau Stamm erwähnt, dass der Presse ein Bericht über das Projekt „Ökoprofit“ zu entnehmen gewesen sei. Hier handele es sich um ein vom Land bezuschusstes Projekt, an dem die Stadt Hilden teilnehme. Sie bittet um Angabe, ob die Teilnahme der Stadt Monheim am Rhein geplant sei.

Der Verwaltung sei dieses Projekt nicht bekannt, so der Bürgermeister. Daher werde diese Frage schriftlich beantwortet.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin